

1989 – eine Revolution, die aus den Kirchen kam?

Vortrag im Bürgerhaus Korbach am 21. September 2010

Christian Sachse

Meine Sehr verehrten Damen und Herren,
mein Vortrag wird drei Teile haben. Zunächst einmal wende ich mich in einem kurzen, aber weiten Blick den früheren Revolutionen in der Geschichte zu. Aus den vielfältigen Zusammenhängen können wir natürlich nur ein paar Streiflichter aufnehmen, die uns die Fragestellungen erleichtern. Eingehen werde ich dabei auch auf das Verhältnis der protestantischen Kirchen zu Gesellschaft und Politik, das ja für die Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR während der Friedlichen Revolution wesentlich ist.

In einem zweiten Teil werde ich Ihnen die besonderen Entwicklungen in den ostdeutschen evangelischen Kirchen vorstellen. Wir werfen einen Blick auf die kirchenpolitischen Strömungen, die es so in der Bundesrepublik nicht gab. Dahinter steht

die Erkenntnis, dass auch die Kirchen in der DDR keine einheitlichen Größen waren, sondern von verschiedenen, teils gegensätzlichen Strömungen bestimmt wurden. Dazu werde ich Ihnen einige Namen der Vordenker dieser Strömungen nennen.

Schließlich geht es um die Rolle der evangelischen Kirchen während der Revolution. Die Bewertung der Kirchen in dieser Zeit ist ja bis heute sehr umstritten. Die einen sprechen von einer Kirche, die bis zum Schluss mit dem SED-Regime kollaboriert hätte. Andere würden es gerne sehen, wenn die Kirche als strahlende Heldin gefeiert würde. Eine zeitlang sprach man ja sogar von einer protestantischen Revolution. Wir werden dieser Frage nachgehen.

1. Ein Blick in die Geschichte

Gestatten Sie mir zunächst einmal die verwunderte Frage des Historikers, die Ihnen vielleicht auch nicht fremd ist:

Revolution und Kirche? Kirche und Revolution?

Das sind zwei Begriffe, die so gar nicht zusammenpassen wollen. Sie stammen aus zwei

verschiedenen Sphären des menschlichen Lebens: Glaube und Politik, göttliches und irdisches Sein, Religion und weltliche Geschäfte.

Wie wenig in den protestantischen Kirchen über Revolutionen in der Geschichte nachgedacht wurde, zeigt ein Blick in die wissenschaftliche Literatur. In der berühmten Darstellung der Kirchengeschichte von Karl Heussi, die bis zum Ende der 1960er Jahre wohl jeder Theologiestudent gelesen hat, kommt der Begriff „Revolution“ im Sachregister nicht ein einziges Mal vor. Heussi beschrieb 2000 Jahre Kirchengeschichte, ohne ein einziges Mal Bezug auf jene Umwälzungen zu nehmen, die jeweils dem Lauf der Geschichte eine neue Wendung gaben.

Die wohl tiefgründigste Analyse des historischen Phänomens stammt von der Jüdin Hannah Arendt, die bei Martin Heidegger Philosophie und bei Rudolf Bultmann Theologie studiert und bei Karl Jaspers über den Liebesbegriff bei Augustin promoviert hatte. Sie ging mit ihrer Untersuchung weit über unser Verständnis von Revolution hinaus, das ja mit der französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts eng verknüpft ist. Hannah

Arendt begann ihre Untersuchung mit der Glorious Revolution von 1688. Sie gilt zu Recht als Ursprung des europäischen parlamentarischen Systems. Zu sprechen wäre über die amerikanische und die französische Revolution des 18. Jahrhunderts, die deutsche Märzrevolution des 19. Jahrhunderts, die eigentlich eine europäische Revolution war. Schließlich müsste von den Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Rede sein: den russischen und der deutschen Novemberrevolution, die in die Weimarer Republik mündete.

In alle diese Revolutionen waren die Kirchen offensichtlich irgendwie einbezogen. Ich sage bewusst „irgendwie“, denn allzu viele Gemeinsamkeiten finden wir nicht.

In der Glorious Revolution von 1688 auf der britischen Insel spielten die Auseinandersetzungen zwischen der anglikanischen und der katholischen Kirche sicherlich eine zentrale Rolle. Ja, die Revolution entzündete sich am Prozess gegen die sieben Bischöfe, die es gewagt hatten, dem König zu widersprechen. Betrachtet man die Ergebnisse der Revolution, so ging es nicht so sehr um

Glaubensaussagen, sondern um die Gestaltung der politischen Strukturen des Landes: die Rechte des Parlamentes, das Ende des Absolutismus. Schauen wir etwas genauer hin, was in diesem Rahmen nicht möglich ist, dann finden wir einen engen Zusammenhang der neuen politischen Strukturen mit den kirchlichen Verfassungen.

Der lange Prozess im 18. Jahrhundert, den wir als amerikanische Revolution bezeichnen, führte zu den Anfängen der modernen Verfassung. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehörte die Verfassung der Vereinigten Staaten und die Bill of Rights, in denen die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger der Vereinigten Staaten verbürgt sind. Die Kirchen gehörten – politisch gesehen – eher zu den Verlierern dieser Revolution. Ihre von Europa übernommenen Privilegien wurden beendet. Historiker sprechen in diesem Fall von einer „freundlichen Trennung“ von Kirche und Staat. Zwar wurde die Ausgestaltung des Glaubens zur Privatsache, jedoch übernahm die Verfassung ausdrücklich auch christliche Werte. Dazu gehörten die unveräußerlichen Rechte des Individuums.

In der französische Revolution dagegen wurde die Kirche zum Spielball der Akteure. Sie war zeitweise verboten. Nicht nur ihre Organisation sollte ausgelöscht werden. Die Revolution richtete sich auch gegen die Religion im Allgemeinen. Sie sollte mit samt ihren Wurzeln ausgelöscht und später durch einen Kult der Vernunft ersetzt werden. An der Verbreitung der Ideen der Aufklärung, der modernen Verwaltung und des Verfassungsstaates in ganz Europa waren die Kirchen kaum beteiligt. Aber es muss darauf hingewiesen werden, dass das Bild des eigenverantwortlichen Menschen, der sein Leben selbst gestaltet, tiefe christliche Wurzeln hat, die die Renaissance freigelegt hatte.

Blicken wir auf die deutsche Märzrevolution von 1948, dann sehen wir Kirchen, die zwar als Betroffene reagieren, nicht aber zu den Stichwortgebern gehören. Im Ganzen versuchen sie, ihre Besitzstände zu wahren.

Kürzen wir die Beschreibungen etwas ab: Die russische Revolution von 1917 wandte sich in extremer Form gegen Kirche und christlichen Glauben. Die Novemberrevolution von 1918 in

Deutschland erlebte die Kirche vor allem als Betroffene in der Trennung von Kirche und Staat und der Beschneidung von Vorrechten.

In keinem der genannten Beispiele, so können wir zusammenfassen, gingen die Revolutionen von den Kirchen aus. Sie waren verwickelt in manche Ereignisse, jedoch dort, wo es um die Einrichtung eines säkularen Staates ging, eher die Verlierer. Es gab aber sehr oft ideengeschichtliche Bezüge auf das Christentum, welche die Revolutionen aufnahmen.

Bevor wir zur DDR kommen, sollten wir noch einen Blick auf die anderen Revolutionen des Jahres 1989 werfen und dabei auf die Rolle der Kirchen achten. Die Revolution in der DDR war ja – das wird heute viel zu wenig beachtet – in eine Welle von Revolutionen eingebettet, die durch Mitteleuropa zog. Zusammenfassen können wir in der Betrachtung Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Slowakei, Tschechien, Estland, Lettland und Litauen. Obwohl die Abläufe der Revolutionen dort sehr viele Unterschiede aufweisen, finden wir in den Kirchen keine zentralen Akteure. Völlig anders war es nur in Polen. Die Katholische Kirche, vor allem

aber Papst Johannes Paul II, wurde geradezu zum Inbegriff des Widerstandes gegen das kommunistische Regime. Streikende Arbeiter feierten in den Betrieben die Heilige Messe. Das ist jetzt ziemlich genau 30 Jahre her. Priester gehören zu den Märtyrern des Widerstandes wie Jerzy Popieluszko, der vom polnischen Geheimdienst ermordet wurde. Aber auch in Polen ging die Revolution nicht von den Kirchen aus. Es waren Gruppen von Intellektuellen und Künstlern, die sie in den 1970er Jahren vorbereiteten, schließlich Arbeiter der großen Betriebe, die sich zu der mächtigen Gewerkschaft Solidarność zusammengeschlossen hatten und dem Regime unter großen Opfern ein Zugeständnis nach dem anderen abgetrotzt hatten. Die katholische Kirche in Polen war dabei eine entscheidende Hilfe. Sie war aber nicht Motor der Bewegung.

Das Ergebnis dieses kleinen historischen Rundblickes wird vermutlich bei Ihnen wenig Verwunderung auslösen. Es entspricht dem Bild, das ein durchschnittlicher Christ von der Kirche hatte und noch heute hat: Die Kirche soll das Wort Gottes verkündigen, das sich in dem Doppelgebot Jesu

zusammenfassen lässt: Du sollst den Herrn, Deinen Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst. Angesichts dieses überragenden Auftrages wurden zu allen Zeiten andere Fragen des Alltages eher zweitrangig. Diese Ansicht finden wir bereits in den neutestamentlichen Evangelien und Briefen bestätigt. Ob ich Sklave war oder Freier, das spielte eine untergeordnete Rolle. Wenn der Kaiser Steuern haben wollte, warum sollte man sie ihm nicht zahlen? In dieser Hinsicht konnte und sollte ein Christ auch die Gesetze und Obrigkeiten des Landes achten, in dem er lebte. Dabei war es ziemlich gleichgültig, ob diese Obrigkeit christlich war oder nicht. Für den praktischen Gebrauch im Alltag war diese Regel im heidnischen Römischen Reich genauso sinnvoll anwendbar wie im christlichen Mittelalter. Schwierig wurde es nur in bestimmten Extremsituationen, in denen Herrscher die Verletzung der göttlichen Gebote verlangten oder selbst begingen. Daran entzündeten sich immer wieder theologische und ethische Debatten, die in der Tendenz auf die Weisung hinausliefen: „Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Diese beiden Regeln im Umgang mit der Obrigkeit – die

eine für den normalen Alltag, die andere für den Konfliktfall – haben sich in der Volkskirche bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts gehalten. So finden wir sie auch fast wörtlich z.B. in der Augsburger Konfession, der zentralen Bekenntnisschrift der lutherischen Kirchen.

Daneben etablierte sich aber bereits seit der Renaissance ein anderes Verständnis vom Staat und der Obrigkeit, das vor allem von den Kirchen der Reformation ausgestaltet wurde. Dieses Verständnis ging davon aus, dass auch die Herrscher den göttlichen Geboten unterworfen seien und damit in ihrem Verhalten zur Verantwortung gezogen werden konnten. Martin Luther selbst hatte zwar den bewaffneten Widerstand der Bauern verworfen, aber die Kritik an den Fürsten quasi zur Pflicht des Predigers auf der Kanzel gemacht. Wenn auch noch nicht die Staatsform, so wurde doch die Art und Weise des Umgangs mit der Macht kritisierbar.

Wir haben es also in den evangelischen Kirchen mit zwei unterschiedlichen Ansichten zu tun, die teils gegeneinander standen, sich teils auch ergänzen konnten. Die eine sagte: die Obrigkeit ist eine

göttliche Einrichtung. Sie verlangt Unterordnung, solange die göttlichen Gebote nicht verletzt werden. Die andere sagte: Die Obrigkeit – oder moderner: der Staat, die politischen Strukturen – sind Menschenwerk. Sie werden von Menschen verantwortet und sind damit auch veränderbar. Einordnen in das politische System werde ich mich in freier Entscheidung dann, wenn ich es im Einklang mit einem wohlverstandenen Gesamtinteresse sehe. Diese beiden Grundmuster der theologischen Argumentation werden wir auch in den Kirchen der DDR wiederfinden.

Für die Ausgestaltung der Ansichten in den Kirchen der DDR, wie mit der SED-Diktatur umzugehen war, ist noch auf eine wichtige historische Erfahrung hinzuweisen, aus der sehr unterschiedliche Konsequenzen gezogen worden sind: die Erfahrung der Kirchen mit der nationalsozialistischen Diktatur. Diese Erfahrung forderte die einen zum Vergleich, andere aber zur Abgrenzung heraus. Die deutsche Teilung, die aggressive antichristliche Grundhaltung der SED und der Sozialismus wurden in den Kirchen vielfach als unausweichliche Folge des Versagens des deutschen Volkes – und mit ihm der

Kirchen – gegenüber dem Nationalsozialismus interpretiert. Die Barmer theologische Erklärung von 1934, das Stuttgarter Schuldbekenntnis der Kirchen vom Oktober 1945 und das Darmstädter Bruderratswort von 1947 waren daher in den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen viel stärker präsent als in den westdeutschen Kirchen.

2. Die kirchenpolitischen Strömungen in den protestantischen Kirchen

Beides prägte die evangelischen Kirchen in der DDR: (1) Die Entwicklung des weltlichen Staates, an dem die Kirche immer weniger Anteil hatte. (2) Der unzureichende bis fehlende Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime.

Aus diesen Erfahrungen konnte man freilich Unterschiedliches ableiten. Und dies geschah auch. Drängend wurde dieses Problem – anders als im Westen Deutschlands – durch die aggressive antichristliche Propaganda der SED-Führung und verschiedene Wellen der Repressionen gegen die Christen in den 1950er Jahren. In dieser Zeit entstanden die kirchenpolitischen Strömungen, die bis zum Ende der DDR das Verhältnis zwischen

Staat und Kirche prägten. Sie entwickelten sich also nicht im luftarmen Raum wissenschaftlicher Debatten, sondern versuchten Leitlinien für das Handeln der Kirche in einer extremen Situation zu geben.

Die markantesten Unterschiede finden wir in den 1950er und 1960er Jahren zwischen der Thüringer und der Berlin-Brandenburger Kirche. Der Thüringer Bischof Moritz Mitzenheim und sein Nachfolger Ingo Braecklein betrieben eine entschlossene Annäherung an den SED-Staat. Sie hatten wohl die Hoffnung, dass diese Annäherung den Druck von den Gemeindegliedern nehmen würde. Im übrigen vertrauten sie auf das faktische Eigengewicht der Volkskirche, das sich schon durchsetzen würde, wenn die politische Konfrontation beendet war. Der damalige Inhaber der Macht, Walter Ulbricht, honorierte diese Annäherung mit Orden und Auszeichnungen, was jedoch dem Ruf der Bischöfe eher schadete.

Den genau entgegengesetzten Weg ging der streitbare Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Otto Dibelius. Dibelius wollte einen Fehler

der Bekennenden Kirche vermeiden, der im 3. Reich fatale Folgen gehabt hatte. Wohl hatte die Bekennende Kirche sich erfolgreich einer Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus entzogen. Der aktive Widerstand gegen das totalitäre Regime gehörte jedoch nicht zum Programm der Barmer theologischen Erklärung von 1934. Im Darmstädter Bruderratswort, das sich 1947 noch einmal mit der Schuld der deutschen Kirchen beschäftigte, heißt es dazu: „Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“

Dibelius wollte Ernst damit machen, dass der Staat ein von Menschen gemachtes Gebilde ist, also auch Menschen für seine Gestaltung die Verantwortung haben. Das sollte übrigens für den Westen genauso gelten wie den Osten. Dieser Einsicht folgend rief er die Christen in der DDR auf, dem Staat und der SED die Gefolgschaft zu verweigern. Berühmt geworden ist der Ausspruch von Dibelius, selbst ein

Verkehrsschild im Osten habe für ihn keine verpflichtende Kraft. Dibelius wurde daraufhin verdächtigt, ein Kalter Krieger zu sein, der auf Teufel komm raus die Destabilisierung der DDR betreiben wollte. Doch liest man seine Äußerung im Zusammenhang (Spiegel 39/1959 und 45/1959), dann hatte er den Finger zielsicher auf die offene Wund gelegt. In einem Staat, der sich selbst nicht dem Recht und dem Gesetz unterordnete, sondern Recht und Gesetz als Instrument in den Händen der herrschenden Klasse verstand, war der Einzelne nicht mehr zu verpflichten, sich diesen fremden Interessen unterzuordnen.

Das Konzept kam an einer Stelle an Grenzen, wo sie Dibelius vermutlich nicht vermutet hatte. Zwar hatten die Christen in der DDR der 1950er Jahre eine ganze Reihe von Diskriminierungen und Repressionen zu ertragen – zum Widerspruch oder wenigstens zur Verweigerung atheistischer Riten waren jedoch nur die wenigsten zu bewegen. Ziemlich genau in der Zeit, in der Dibelius zum Widerspruch in der DDR aufrief, machte die SED die Jugendweihe für Kinder zur Pflicht. Wer nicht an der Jugendweihe teilnahm, hatte mit erheblichen

beruflichen Nachteilen zu rechnen. Die evangelische Kirche ihrerseits erklärte die Jugendweihe für unvereinbar mit der Konfirmation, womit sie – theologisch gesehen – auch Recht hatte. Die christlichen Eltern standen also vor der Wahl, entweder für ihre Kinder eine Kirchenmitgliedschaft oder eine halbwegs gesicherte berufliche Zukunft aufs Spiel zu setzen. Dabei entschieden sie sich in der überwiegenden Zahl der Fälle für eine irdische Zukunft ihrer Kinder. Und nicht nur das. Seitdem bestimmte Berufe mit einer Kirchenmitgliedschaft für unvereinbar erklärt worden waren, nahmen die Austritte aus der Kirche dramatische Ausmaße an. Die Strategie der Konfrontation mit dem SED-Staat, so war nach wenigen Jahren klar, war für die Kirche nicht durchzuhalten. Verschärfend kam hinzu, dass man damit rechnen musste, dass die DDR sich auf Dauer etablieren würde.

So begannen Theologen sich Gedanken um eine kirchenpolitische Strategie zu machen, die den Christen in der DDR eine Existenz ermöglichte, die sie nicht jeden Tag vor neue existenzielle Probleme stellte. Der ehemalige Studentenpfarrer von Halle, der selbst im Stasi-Knast gesessen hatte, schrieb die

berühmt gewordene Broschüre „Christ in der DDR“. Der Propst der Berlin-Brandenburgischen Kirche Siegfried Ringhandt sammelte einen Kreis von Theologen um sich, die die Grundlagen für einen gemäßigten Widerspruch gegen das DDR-Regime legen wollten. Es entstand eine kirchenpolitische Strömung, die bei aller innerer Differenziertheit einiges gemeinsam hatte. Die Dibelianische Fundamentalopposition wurde aufgegeben, ebenso aber auch der Annäherungskurs an den sozialistischen Staat. Sie wurden ersetzt durch eine „Theologie der freien täglichen Entscheidung“. Dort, wo Christen ohne Gewissenskonflikte Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft aufnehmen konnten, sollten sie es mit gutem Gewissen tun. Dort aber, wo ihnen ihr Gewissen von einer Beteiligung abriet, wollte ihnen die Kirche im Einzelfall beistehen. Die Kirchenleitungen vermieden sorgfältig auch nur den Anschein, eine der geforderten formalen Loyalitätserklärungen gegenüber dem sozialistischen Staat abzugeben. Gleichmaßen aber enthielten sie sich auch jeglicher fundamentaler Kritik an den politischen Strukturen der Diktatur und dem

instrumentalisierten Rechtssystem. Sie lobten, wenn möglich, bestimmte Friedensinitiativen, kritisierten aber zur gleichen Zeit Auswüchse der inneren Militarisierung. Nach innen versuchten sie, die zu einer Minderheit schrumpfende ehemalige Volkskirche zu konsolidieren, ihr ein neues Selbstbewusstsein zu geben. Vordenker war in diesem Bereich der Cottbusser Generalsuperintendent Günter Jacob. Zu den prominenten Vertretern dieser kirchenpolitischen Strömung gehörten trotz aller Unterschiedlichkeit der Berlin-Brandenburger Bischof Albrecht Schönherr und sein Nachfolger Gottfried Forck sowie der Berlin-Brandenburgische Konsistorialpräsident Manfred Stolpe. In der Kirchenprovinz Sachsen, der Kirche im heutigen Sachsen-Anhalt zählten Bischof Werner Krusche und der Erfurter Probst Heino Falcke zu den namhaften Vertretern. Die Vertreter des „weichen Widerstandes“ dominierten seit dem Beginn der 1970er Jahre zunehmend die Kirchenpolitik und verdrängten die Vertreter einer konservativ und volkskirchlich orientierten Denkweise zunehmend aus den leitenden Ämtern.

Für einen dritten Weg stand die Mecklenburger Bischöfe Niklot Beste und sein Nachfolger Heinrich Rathke. Zu ihren Grundsätzen gehörte es, jegliche Kontakte mit dem Staat zu vermeiden, die die Kirche auch nur in den Verdacht der Zusammenarbeit oder gar der Abhängigkeit brachten. Besonders Rathke setzte sich für eine ausgeprägte innerkirchliche Demokratie als Kontrast zu den politischen Verhältnissen in der DDR ein.

Ergänzend sei hinzugefügt, dass es noch eine kleine Strömung innerhalb der evangelischen Kirche gab, die sich am Aufbau des Sozialismus in der DDR beteiligen wollte. Trotz oder vielleicht auch wegen der finanziellen und propagandistischen Unterstützung durch den SED-Staat konnten dagegen Vertreter der staatsloyalen Christen kirchenpolitisch selten über eine Minderheitenposition hinaus gelangen. Die staatsloyalen Vertreter waren überdies in zwei Richtungen aufgeteilt, die wenig miteinander zu tun hatten.

Fassen wir das bunte Bild zusammen, das sich etwa in der Mitte der 1970er Jahre bietet.

In dieser Zeit haben wir es mit vier kirchenpolitischen Strömungen zu tun.

1. Die relativ kleine Gruppe, die den Sozialismus in der DDR kritiklos bejahte.
2. Die Anhänger des Thüringer Weges, die eine taktische Annäherung an den SED-Staat betrieben, um die Volkskirche zu erhalten.
3. Die dominante Strömung des „weichen Widerstandes“, die politisch der Idee folgte, dem SED-Staat in Verhandlungen immer wieder kleine Zugeständnisse abzurufen.
4. Die in den 1970er Jahre an Einfluss verlierende Gruppe derer, die die politischen Verhältnisse in der DDR grundsätzlich ablehnten und einer fundamentalen Opposition nahe standen.

Diese Gruppierungen und Strömungen waren zwar nicht als Kirchenparteien organisiert, trafen sich aber in Arbeitskreisen und losen Zusammenschlüssen. Erkennbar werden sie vor allem bei Wahlen und der Besetzung von kirchenleitenden Ämtern. Sie sind auch bei genauerem Hinschauen noch einmal in sich zu

differenzieren. Zwischen einigen gab es auch fließende Übergänge. Zu offenen Konflikten kam es zwischen diesen Gruppierungen in den seltensten Fällen. Ja, man kann sogar sagen, dass Konflikte zwischen ihnen sorgfältig vermieden wurden. Aus der Erfahrung der Zeit des Nationalsozialismus, die ja zu einer faktischen Kirchenspaltung geführt hatten, wollten alle Akteure die innere Einheit der Kirche bewahren. Dies geschah in öffentlichen Äußerungen durch Formelkompromisse, die innere Differenzen überdeckten oder sogar unkenntlich machten. Innenpolitisch folgten die Kirchen dem Prinzip von „Checks and Balances“, nach dem die Ämter an die Strömungen möglichst paritätisch vergeben wurden. Deutlich wird dies an der Wahl des staatskritischen Bischof Gottfried Forck, dem mit Manfred Stolpe ein staatsloyaler Präsident des Konsistoriums an die Seite gestellt wurde.

3. Die protestantischen Kirchen und die Friedliche Revolution

Mit den eben beschriebenen kirchenpolitischen Grundströmungen – soviel ist klar – war keine Revolution zu machen. Direkte Angriffe auf das politische System der DDR blieben einer neuen

Gruppierung vorbehalten, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begann, sich zu etablieren. Paradoxe Weise hatte sich die SED diese wesentlich entschiedeneren Gegner selbst geschaffen. Es waren Verweigerer des Wehr- oder Waffendienstes, die sogenannten Bausoldaten, und andere Opfer des DDR-Bildungssystems, die in der DDR keinerlei berufliche Karriere mehr zu erwarten hatten. In dieser Strömung waren die entschiedensten Gegner des politischen Systems versammelt, die nicht mehr bereit waren, auf das Wohlergehen der Gesamtkirche allzu viel Rücksicht zu nehmen. Da sie schlechte Erfahrungen mit den Apparaten des Staates gemacht hatten, strebten sie auch nicht nach kirchlichen Leitungämtern sondern organisierten sich in eigenen basisdemokratischen Strukturen innerhalb der Kirche. Sie gründeten die ersten Gruppen, aus denen dann Teile der Bürgerrechtsbewegung der DDR hervorgingen.

Ausgangspunkt dieser Bewegung war das Jahr 1978. Am 6. März 1978 hatte es ein sogenanntes Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und den Spitzen der evangelischen Landeskirchen in der DDR gegeben. Damit war die Kirche erstmals von

Erich Honecker offiziell als Gesprächspartner anerkannt worden. Das Ereignis wäre wahrscheinlich von den jungen Vertretern der innerkirchlichen Gegenbewegung kaum zur Kenntnis genommen worden, wenn nicht einen Monat später bekannt geworden wäre, dass die SED ein Unterrichtsfach „Wehrerziehung“ an den Schulen einführen wollte. Beide Ereignisse lagen nur zufällig in zeitlichem Zusammenhang. Doch von den jungen Theologen wurden sie als Beleg dafür gesehen, dass es nicht lohnte, den „langen Marsch der kleinen Kompromisse“ mit dem Staat zu gehen. Vertreter der Kirchenleitungen, die Gespräche mit dem Staat führten, gerieten nun immer wieder in den Verdacht, die Glaubwürdigkeit der Kirche zu verkaufen. So sahen sich die entstehenden Gruppen bald in einer doppelten Frontstellung: Einmal dem Staat gegenüber, der sie beobachtete und zersetzte, zum anderen aber auch den Kirchenleitungen gegenüber, die sie in nicht zu verantwortende Kompromisse hineinziehen wollten.

Aus der Sicht der Kirchenleitungen gab es diese eindeutige Frontstellung nicht. Besonders die Vertreter des „weichen Widerstandes“ und die

wenigen Vertreter einer fundamentalen Opposition sahen die Gruppen mit Wohlwollen, wenn sie auch ihre öffentlichen politischen Demonstrationen für unklug und mitunter für schädlich hielten. Sie sahen für sich die Aufgabe, „die jungen Wilden“ zu zähmen und in ihre Strategie des „weichen Widerstandes“ einzubinden. Dies empfanden die „jungen Wilden“ als Verrat und überflüssige paternalistische Fürsorge. Dies führte immer wieder zu Konflikten zwischen den Gruppen und den Kirchenleitungen, die nur mühsam beigelegt werden konnten. Der Staat wiederum sah zunächst in den innerkirchlichen Konflikten eine Chance, die Kirche zu schwächen. Später änderte sich die Strategie. Man wollte die Kirchen nutzen, die Gruppen zu disziplinieren. In dieser Grauzone agierte vor allem der damalige Konsistorialpräsident Manfred Stolpe. Ein Schutz erwuchs den Gruppen und oppositionellen kirchlichen Mitarbeiter aus dem kirchlichen Recht und der innerkirchlichen Demokratie. Im Raum der Kirche erlebten Jugendliche zum ersten Mal, dass im Konfliktfall das Recht nicht im Interesse der Mächtigen gegen sie gewandt wurde. Auch die einflussreiche

Kirchenleitung musste sich beugen, wenn ein Gemeindegemeinderat den Beschluss fasste, eine Friedenswerkstatt auf ihrem Kirchengelände stattfinden zu lassen. In einer Reihe von Gemeindegemeinderäten hatten Mitglieder Sitz und Stimme und konnten ihren Einfluss geltend machen. Die Jugendlichen erlebten, dass in langwierigen Verhandlungen Kompromisse gefunden wurden, die tragfähig waren. Sie sahen eine funktionierende Demokratie nicht nur im Westfernsehen, sondern lernten die alltäglichen demokratischen Verfahren für sich zu nutzen. In den Veranstaltungen, die die jungen, kritischen Kirchenmitarbeiter durchführten, erfuhren sie von der Geschichte der Menschenrechte. Sie lernten die tabuisierten Abschnitte der Geschichte kennen, lasen verbotene Philosophen. Und vor allem galt in diesen Gruppen die Meinung der Einzelnen etwas. Es gab keine Zensur. Vielleicht erinnern Sie sich an Freia Klier und Stephan Krawczyk, deren systemkritische Konzerte nur in der Kirche stattfinden durften.

Diese Erfahrungen wurden in den Gruppen nicht nur punktuell gemacht. Ende der 1980er Jahre gab es ungefähr 350 solcher Gruppen in der DDR – also in

jedem Landkreis ein bis zwei Gruppen. Die wenigsten haben sich mit spektakulären Aktionen einen Namen gemacht.

In der Mitte der 1980er Jahre begannen die Gruppen, sich zu vernetzen. Sie gaben kleine illegale Zeitschriften heraus und koordinierten ihre Aktionen. Es entstanden die Netzwerke der Umweltbibliotheken, Frieden konkret, der Arbeitskreis Solidarische Kirche und die Kirche von Unten, um nur die wichtigsten zu nennen.

Die Effektivität dieser Netzwerke musste die SED im November 1987 zum ersten Mal erfahren, als die Staatssicherheit in Berlin illegale Druckmaschinen beschlagnahmte und einige Gruppenmitglieder verhaftete. Anders als früher durchzog einen Tag später eine Welle von Fürbittandachten die ganze DDR, die von den Netzwerken und Gruppen organisiert wurden. Jetzt kamen in die Andachten auch nicht nur die Gruppenmitglieder sondern auch Teile der Bevölkerung. Zusammen mit der westlichen Öffentlichkeit, die ebenfalls von den Gruppen informiert worden war, brachten sie das SED-Regime innerhalb von wenigen Tagen dazu,

die Inhaftierten freizulassen. Sie wurden mit dem Versprechen, nach ein bis zwei Jahren zurückkehren zu dürfen, allerdings in den Westen entlassen.

Diese Gruppen umfassten nicht mehr als vielleicht zwei bis drei Tausend Mitglieder. Sie allein konnten und wollten keine Revolution beginnen. Als aber die Situation in der DDR eskalierte, bildeten sie die Kondensationskerne, an die sich das Protestpotenzial anlagerte.

Diese Gruppen und Netzwerke trugen die friedliche Revolution in den einzelnen Regionen. Wir haben in der Zeit vor dem großen Jubiläum viel Regionalforschung betrieben. Dabei hat sich gezeigt, dass es DDR-weit Bürgerforen in den Kirchen gegeben hat. Die regionalen Gruppen und ihre Netzwerke haben für die Ablösung der alten Parteikader in den kleinen Städten und Dörfern gesorgt. Sie haben die Proteste organisiert und in den kleinsten Winkel der DDR getragen. Ohne diese Proteste in den kleinen Städten und Dörfern, hätte sich die SED-Diktatur vielleicht doch noch dazu hinreißen lassen, die Leipziger Demonstrationen mit Gewalt zu beenden. Doch mit den flächendeckenden

Protesten wurde die Lage unkalkulierbar. Diese Leistung der evangelischen Kirchen, die Gruppen unter ihrem Dach zu beherbergen und zu schützen, ist bis jetzt noch gar nicht genug gewürdigt worden.

Eine zweite Leistung, die sich in der Rückschau als geistiger Wegbereiter der Friedlichen Revolution entpuppte, war die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Damit setzten die Kirchen einen Diskussionsprozess in der DDR in Gang, der in seiner Bedeutung weit über eine innerkirchliche Selbstverständigung hinaus weist. In Hunderten von Veranstaltungen wurde über die Zukunft der DDR diskutiert. Es entstanden Zehntausende von Papieren, in denen die Kritik am politischen System der DDR und seiner Unfähigkeit, auf die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren, zusammengetragen wurde. Eine Analyse der entstandenen Papiere zeigt deutlich, dass hier die Themen der Friedlichen Revolution vorweggenommen wurden: Demokratie, freie Wahlen, ein pluralistisches Bildungssystem, eine freie Presse und eine unabhängige Rechtsprechung sind einige der Themen, die im Vorfeld der

Revolution bis in das Frühjahr 1989 diskutiert wurden. Die Kirchen gerieten mit der Ökumenischen Versammlung unter erheblichen Druck des Staates, der forderte, die Diskussionen zu begrenzen und zu kanalisieren. Trotz der „Mitarbeit“ einer großen Zahl von Inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit gelang es aber nicht mehr, diese Sammlungsbewegung zu stoppen.

Ohne dass die Kirchen auch nur im Traume daran dachten, einen politischen Umsturz vorzubereiten, haben sie mit der Zulassung der Netzwerke, mit dem Schutz für die Gruppen und mit der Ökumenischen Versammlung den geistigen und organisatorischen Nährboden dafür geschaffen.

Betrachtet man die Kirche als Ganze, so ist deutlich, dass sie angesichts der oben beschriebenen kirchenpolitischen Strömungen nur zu moderater Kritik am SED-Staat in der Lage war. Bis in den September 1989 hinein gab es zwar immer wieder mutige Äußerungen von einzelnen Kirchenführern, wie etwa dem Berlin-Brandenburger Bischof Gottfried Forck. Analysiert man die Äußerungen der Synoden, so zeigt sich auch hier, dass die Kritik

deutlicher wurde. Mancher Bischof, wie etwa der Thüringer Bischof Werner Leich, sagte sich auch vom staatsloyalen Kurs los. Doch weckte dies neue Aktivitäten der staatsloyalen Kräfte. Diesen Part übernahm der Greifswalder Bischof Horst Gienke, der in der beginnenden Krise im Sommer 1989 demonstrativ Kontakte zu Erich Honecker suchte. So war die Kirche trotz ihrer zur Schau getragenen Einheit innerlich zerrissen und wenig handlungsfähig.

Die aktuellen Konflikte, die schließlich die friedliche Revolution auslösten, fanden am Rande der Kirche oder gar außerhalb statt. Eine wesentliche Rolle spielte die Aufdeckung der Wahlfälschung im Mai 1989 durch die Gruppen. Jetzt war deutlich und nachweisbar, was sich die DDR-Bürger bisher hinter vorgehaltener Hand erzählten. Die Kritik reichte nun bis weit in die SED hinein. Der einzige Bischof, der sich dem Protest anschloss, war der Berlin-Brandenburgische Bischof Gottfried Forck. Anfang September 1989 gründeten die Gruppen politische Zusammenschlüsse außerhalb der Kirchen: Das Neue Forum, Demokratie Jetzt und die sozialdemokratische Partei der DDR.

4. Die Revolution

Zwei Ereignisse machen die Rolle der Kirchen während der friedlichen Revolution deutlich. Das erste Ereignis liegt unmittelbar vor dem 8. Oktober.

Am 21. September 1989, also auf den Tag genau vor 21 Jahren, erschien im *Neuen Deutschland* ein bemerkenswerter Artikel über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in Deutschland.

Zur Erinnerung: Das *Neue Deutschland* war die Zeitung, die den jeweiligen Willen der SED-Diktatur zu verkünden hatte. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vertrat die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR.

Wir haben es also nicht mit einer Routinemeldung zu tun, sondern mit einer höchstamtlichen Verlautbarung der SED-Spitze in zentralen kirchenpolitischen Fragen.

Die Synode des Bundes hatte sich wenige Tage zuvor mit der Situation in der DDR beschäftigt und Vorschläge für Veränderungen vorgelegt, die das Neue Deutschland folgendermaßen kommentierte: Die Vorschläge seien „in letzter Konsequenz ein Katalog von Maßnahmen, um die DDR

kapitalistisch und für die ‚Wiedervereinigung‘ sturmreif zu machen.“¹ Die Kirchen hätten sich nichts weniger auf die Fahnen geschrieben, so heißt es weiter, als die konterrevolutionäre Beseitigung des Sozialismus.

Einen Tag davor, am 20. September 1989, hatte das Sekretariat des Zentralkomitees der SED getagt und war zu einem alarmierenden Ergebnis gekommen. Die Synode habe ein „politisches Aktionsprogramm für grundlegende Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“ verkündet, das „offen oder verdeckt mit der Machtfrage verbunden wird“.

Die Synode des Bundes hatte gefordert:

- Veränderungen in der Wirtschaft in Richtung eines marktwirtschaftlichen Systems,
- Reisefreiheit für alle Bürger,
- Pluralistische Medien,
- Konvertierbarkeit der Währung,

¹ W.M.,: Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung. In: Neues Deutschland vom 21. September 1989, S. 02, . //date-control: 19890921 //Register-Control: db2431// 2428

- Reform des Wahlgesetzes,
- Unbegrenzte Demonstrationsfreiheit,
- Legalisierung der oppositionellen Gruppen,
- Demokratische Parteienvielfalt und Redefreiheit für alle Bürger.²

Ludwig Große, Oberkirchenrat in der Thüringischen Landeskirche, sagte schwere Konflikte in der DDR voraus: „Noch hoffe ich für unser Land, dass wir ohne blutige Auseinandersetzungen, ohne monatelange Streiks, die das Wirtschaftsleben des Landes völlig zerrütten würden, zu dieser Koalition der Verantwortung kommen...“³

Am 22. September 1989 versandte Erich Honecker einen Brief an die ersten Sekretäre der SED in den Bezirksleitungen, in dem er forderte, die feindlichen Aktionen müssten im Keim erstickt werden. Es sei

² Zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Synode des Evangelischen Kirchenbundes der DDR in Eisenach [15.-19. September 1989] vom 22. September 1989. In: BArch SAPMO DY 30 IV B2/14/95, S. 1-2, . //date-control: 19890915 //Register-Control: db7064// 7064

³ Zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Synode des Evangelischen Kirchenbundes der DDR in Eisenach [15.-19. September 1989] vom 22. September 1989. In: BArch SAPMO DY 30 IV B2/14/95, S. 5, . //date-control: 19890915 //Register-Control: db7064// 7064

„dafür Sorge zu tragen, dass die Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit isoliert werden.“⁴ Im Klartext bedeutete dies: Die Funktionäre sollten damit rechnen, dass in Kürze der Ausnahmezustand ausgerufen würde. Die Pläne für die zu errichtenden Lager und die Listen für die zu inhaftierenden Gegner lagen längst in den Panzerschränken bereit. Der enge zeitliche Zusammenhang legt den Schluss nahe, dass die Vorbereitungen auf den Ausnahmezustand als eine unmittelbare Reaktion auf die Äußerungen der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen zu verstehen ist. Erich Honecker und den anderen Mächtigen in der DDR muss klar geworden sein, dass die bis dahin angewandten Methoden der Bespitzelung, Zersetzung und Verhaftung von Regimegegnern nicht mehr ausreichen würden, um die Lage unter Kontrolle zu halten. Wenn die Kirchen mit ihren Millionen Mitgliedern sich zu Reformen bekannten, dann war selbst das mächtige Ministerium für

⁴ Brief Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED vom 22. September 1989 [Beschluss des Sekretariates vom 22. September 1989] In: BArch SAPMO DY 30 J IV 2/3/4445, . //date-control: 19890922 //Register-Control: db7065// 7065

Staatssicherheit überfordert. In diesem Fall mussten die Kampfgruppen, die Armee und die Polizei eingreifen.

Kam also die Friedliche Revolution von 1989 tatsächlich aus den Kirchen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir den Blick auf die anderen Akteure ausweiten.

Als die Synode am 15. September in Eisenach zusammentrat, brachten die Delegierten bereits brisante Papiere mit.

Wenige Tage zuvor hatte sich das Neue Forum mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt und zu politischen Reformen aufgerufen. Einen Tag später folgte die Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei, deren Programm auf ein Revolution hinauslief. Die Initiatoren forderten:

- den Rechtsstaat mit einer strikten Gewaltenteilung,
- eine parlamentarische Demokratie und Parteienpluralismus,
- Selbständigkeit der Kommunen und Dezentrale politische Strukturen

- Freiheit der Gewerkschaften und das Streikrecht.

Zur gleichen Zeit gründete sich die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, die ähnliche Forderungen erhob.

Vergleicht man die Programme der neuen Vereinigungen mit dem, was die Bundessynode forderte, so wird man nichts neues finden. Die Kirchenleitungen nahmen die Forderungen auf, die bereits ein breites Echo gefunden hatten. Sie liefen den Ereignissen hinterher.

[Das Manuskript bricht hier ab]

Geistige Wurzeln. In diesem Sinne eine protestantische Freiheitsrevolution.

[Es folgen Stichworte]

Konferenz der Kirchenleitung, Einladung 40 Jahre DDR – abgelehnt.

Vorstand: Revision, Revision.

Keiner will hingehen.

Einer wird geschickt – Forck in den Fürbittandachten.

Moderation des Runden Tisches → der runden Tische, Bürgerforen.

Stasi-Auflösung → Forck, Schröter, Fehler

Rückzug der Kirchen, aber auch: werden nicht mehr gebraucht.

Tatsächlich: Kirche hat eine gesellschaftspolitische Verantwortung → Käßmann

Zusammenfassung:

Organisation Kirche Großorganisation

[Es folgt ein Textsplitter]

Innerhalb dieser Strömung sind freilich erhebliche Unterschiede zu konstatieren. Es gab einerseits die Befürworter des Sozialismus, die sich aus christlichen Motiven am Aufbau des Sozialismus beteiligen wollten. Daneben existierte eine wesentlich größere Gruppe von Lutheranern, die als Christen unbehelligt bleiben, als Bürger aber am politischen Gemeinwesen mitarbeiten wollten.

Eine einschneidende Zäsur für die Haltung zur DDR bildete das Jahr 1968 mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Das Erlebnis, dass Reformen für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz mittels Waffengewalt niedergewalzt worden war, desillusionierte manchen sozialistisch orientierten Christen. Vertreter der staatsloyalen Richtung gerieten immer wieder in den Geruch der Kollaboration mit einem menschenverachtenden Regime. Dieser Verdacht reichte bis weit hinein in die Riege der Vertreter des „weichen Widerstandes“.

Einige Theologen, unter ihnen der Erfurter Propst Heino Falcke suchten daraufhin nach einer

grundsätzlicheren Position, von der her der Sozialismus in der DDR zu kritisieren sei. Er fand sie in einer „Kritik von links“, das er „verbesserlichen Sozialismus“ nannte. Mit dieser Position scheiterte er aber auf allen Seiten. Innerhalb der Kirche wurde er als kommunistenfreundlich verdächtigt; die SED aber wollte der Kirche keine Kritik zubilligen – auch keine positive, gutgemeinte. Ich habe diese kirchenpolitischen Strömungen so ausführlich dargestellt, damit die kommenden innerkirchlichen Kontroversen verständlich werden.